

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Fels Larnow, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage ober deren Raum 60 Pfg.
Bergnigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Unsere Mitarbeit beim Wiederaufbau Ostpreußens.

N. Aus den Schilderungen in den Tageszeitungen und den Artikeln in der „Holzarbeiter-Zeitung“, in denen Kollegen aus dem Osten ihre persönlichen Wahrnehmungen mitteilen, haben sich unsere Mitglieder ein ungefähres Bild von dem Umfang der Zerstörungen machen können, die von den Russen in den Grenzorten Ostpreußens verübt worden sind. Nachdem der Feind vertrieben war und die unglücklichen Opfer wenigstens zum Teil allmählich wieder in die Heimat zurückkehren konnten, trat die Frage des Wiederaufbaues in den Vordergrund, woran die Unternehmer - als auch die Arbeiterorganisationen in hohem Maße interessiert sind. Unser Verband hat diesen Dingen stets seine volle Aufmerksamkeit gewidmet, da ein starker Bedarf an Holzarbeitern, insbesondere an Tischlern, in den Betrieben des Ostens zu erwarten ist. Sobald die Vorbedingungen dafür erfüllt sind, werden neben den einheimischen auch viele auswärtige Arbeitskräfte angefordert werden, die dann bei den noch recht mangelhaft geregelten Arbeitsbedingungen im Osten dringend des Schutzes des Verbandes bedürfen. Dabei muß den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen, und besonders der herrschenden Teuerung Rechnung getragen, Arbeitsvermittlung wie Entlohnung müssen derart gestaltet werden, daß späterhin nicht fortgesetzte Störungen durch Arbeitskonflikte zu erwarten sind.

Der Kriegsschaden an Gebäuden in Ostpreußen ist jetzt genau ermittelt worden. Der Leiter der vom Staate neu geschaffenen Hauptberatungsstelle in Ostpreußen, Baurat Fischer, hat in einem Vortrage über den Umfang der Zerstörungen folgende Angaben gemacht. Es sind in den Regierungsbezirken Königsberg in 9 Kreisen 2407 Gebäude, Allenstein in 9 Kreisen 12768 Gebäude, Gumbinnen in 12 Kreisen 18378 Gebäude, zusammen in der ganzen Provinz 33553 Gebäude vernichtet oder stark zerstört worden.

Es ist bekannt, wie die Arbeitgeber der verschiedenen Gewerbe sich gerührt und zusammengeschlossen haben, um bei den zu vergebenden Aufträgen ihre Interessen zu wahren und die Lieferungsbedingungen nicht durch eine wilde oder unlautere Konkurrenz ins Ungemessene herunterwirtschaften zu lassen. Soweit diese Bestrebungen sich in den Grenzen bewegen, die für eine solide Ausführung der Arbeiten als auch für die Aufrechterhaltung der von den Gewerkschaften aufgestellten oder tariflich geregelten Arbeitsbedingungen gezogen werden müssen, haben die Arbeiter nach Kräften dabei mitgewirkt. Auch in den bestehenden Arbeitsgemeinschaften, so z. B. in der für das Baugewerbe, sind diese Fragen wiederholt gemeinschaftlich erörtert worden, wobei allerdings nicht verschwiegen werden darf, daß der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, der dieser Arbeitsgemeinschaft ebenfalls angeschlossen ist, eine recht ausführliche Nachlässigkeit an den Tag gelegt hat. Im Gegensatz hierzu hat die Berliner Handwerkskammer, deren Vorsitzender Herr Rahardt ist, sich unter dessen Führung mit regem Eifer auf dem bezeichneten Gebiete betätigt, ohne jedoch der für das schließliche Gelingen und die Durchführung der ganzen Aktion unerlässlichen Regelung der Arbeiterfragen irgendeine Bedeutung beizumessen. Bei dem vollständigen Versagen des Arbeitgeber-Schutzverbandes nach dieser Seite hin, mußte unser Vorstand die nötigen Schritte nach eigenem Ermessen einleiten. Da jedoch die Uneinigkeit und völlige Desorganisation der Arbeitgeber des Holzgewerbes im Osten vielleicht noch mehr als anderwärts in die Erscheinung tritt, schien es zunächst keine leichte Aufgabe zu sein, eine für die Gesamtheit der Arbeitgeber maßgebende Verständigung ins Werk zu setzen. Wir durften uns jedoch die Mühe nicht verdröben lassen und besuchten daher zum Zwecke der persönlichen Information und Rücksprache mit einzelnen Firmen die Hauptorte des zerstörten Ostens. Die Reise führte über Königsberg nach Insterburg, Gerdauen, Korfchen, Rastenburg, Löben, Eyd, Johannsburg, Ortelsburg, Allenstein, Endkähnen, Stallupönen, Pillaillen und Eilsit. Leider reichte die Zeit nicht aus, um weitere Ortschaften gründlich im Augenschein zu nehmen. Aber schon das Gesehene bot genügend Anschauungsunterricht von der Zerstörung und den für uns bei dem bevorstehenden Wiederaufbau so wesentlichen Aufgaben.

Vorläufig dürfte der Aufbau und die Wohnbarmachung der größeren Geschäfts- und Wirtschaftsgebäude noch nicht im großen Umfange in Frage kommen, dagegen wird die Reparatur und Instandsetzung der minder beschädigten Häuser, Wohnungen und Inneneinrichtungen schon jetzt in

Aussicht genommen. Und gerade hierbei stellt sich der Bedarf an Tischlern heraus, die auch schon von einzelnen Firmen in beträchtlicher Zahl von unserm Verband angefordert wurden. Die erste und auch berechtigte Frage unserer Arbeitslosen aus dem Reich aber ist dabei stets: Wie sieht die Arbeitsbedingungen, wie steht es mit der Erstattung des Reisegeldes usw.? In Gemeinschaft mit den Arbeitgebervertretern aus Königsberg unternahmen wir daher in ähnlicher Weise, wie es vor kurzem die Vertreter des Baugewerbes getan hatten, den Versuch, den Herrn Oberpräsidenten für Ostpreußen zu veranlassen, eine Sitzung der Arbeitgeber aus den namhaftesten Orten einzuberufen, welchem Ersuchen der Herr Oberpräsident bereitwilligst entsprach. Die Vertretung der Arbeiter lag in unseren Händen. Neben dem Vorstand und Gauvorstand zogen wir Kollegen aus den Hauptstellen Königsberg, Insterburg, Memel, Osterode, Ortelsburg, Rastenburg und Eilsit zu den Verhandlungen heran. Der christliche Holzarbeiter-Verband und der Hirsch-Dundersee-Gewerkverein hatten je einen Vertreter entsandt. Die Arbeitgeber waren der an sie ergangenen Einladung in größerer Zahl gefolgt und hatten aus fast allen namhaften Orten Vertreter entsandt.

Die Leiter der Verhandlungen, Herr Oberpräsident v. Batoki und Graf Lammsdorf, unterzogen sich ihrer schwierigen Aufgabe mit großem Geschick, wofür ihnen am Schluß der Dank der Beteiligten ausgedrückt wurde. Nach stundenlangen Bemühungen kam folgendes Resultat zustande:

Vereinbarungen

betr. die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsvermittlung für das Holzgewerbe in Ostpreußen.

Auf Einladung und unter der Leitung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen treten die nebenbezeichneten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter des Holzgewerbes am 2. Juni 1915 zu einer Konferenz zusammen, um über die Beschaffung der für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften benötigten Arbeitskräfte sowie die Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Nach eingehender Beratung wird folgende bis zum 1. Oktober 1916 geltende Vereinbarung getroffen:

Arbeitsvermittlung.

1. Zur Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte wird eine zentrale Arbeitsvermittlung für die Provinz Ostpreußen in Königsberg errichtet. Zur Leitung und Ueberwachung der Arbeitsvermittlung wird eine Kommission eingesetzt, bestehend aus je drei Mitgliedern der Arbeitgeber und Arbeiter, welche von den Parteien hierzu gewählt werden. Der Vorsitz wird einem Unparteiischen übertragen, welchen der Herr Oberpräsident von Ostpreußen bestimmt. Die Kommission setzt für die Arbeitsvermittlung eine Geschäftsordnung fest. Alle an dieser Vereinbarung Beteiligten erklären ihre Bereitwilligkeit, die Vermittlungsstelle über benötigte und vorhandene freie Arbeitskräfte zu unterrichten und die Herbeischaffung von Arbeitern zu fördern.
2. Die normale wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden oder täglich 9 1/2 Stunden. Wo durch Tarifvertrag eine kürzere Arbeitszeit festgesetzt ist, bleibt diese bestehen.
3. Ueberstunden werden mit folgenden Aufschlägen, sowohl bei Lohn- als bei Akkordarbeit vergütet: Bis 8 Uhr abends 10 Pfg., von 8 bis 10 Uhr 20 Pfg. Aufschlag pro Stunde.

Arbeitslohn.

4. Der Mindestlohn beträgt für die Kreise: Angerburg, Darkehmen, Gerdauen, Gumbinnen, Goldap, Heilsberg, Johannsburg, Reidenburg-Goldap, Pillaillen, Rößel, Stallupönen und Marggrabowa 53 Pfg. pro Stunde; Mohrunen, Pr. Holland, Rastenburg, Sensburg nebst Stadt Bischofsburg und Wehlau-Lapiaw 54 Pfg. pro Stunde; Allenstein, Fischhausen, Friedland, Hendekrug, Heiligenbeil, Labiau, Löben, Eyd, Memel, Ortelsburg, Osterode, Pr. Enlau 55 Pfg. pro Stunde; Insterburg, Eilsit und Ragnit 56 Pfg. pro Stunde. Für Junggefelln im ersten Gefellenjahr und für die durch Invalidität Minderleistungsfähigen unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung. Wo bereits höhere Löhne bestehen, behalten diese Geltung.
5. Akkordarbeit ist zulässig, wenn die Akkordpreise vorher zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern des Betriebes vereinbart werden. Die bestehenden Akkordsätze werden um 10 Prozent erhöht. Bei akkordmäßiger Akkordarbeit sind in jedem Falle die vorstehenden Mindestlöhne gesichert.

Akkordarbeit.

6. Den durch die Zentralstelle vermittelten Arbeitern wird von dem Arbeitgeber freie Fahrt und ein Fahrgehalt von 3 Mk. pro Reisetag gewährt.

Fahrgeid.

Allgemeines.

7. Streitigkeiten, die aus vorstehenden Abmachungen entstehen, werden von einer paritätischen Kommission entschieden.

8. Die sonstigen Bestimmungen der Tarifverträge bleiben unverändert.

Nun wird es gelten, diese Vereinbarungen nicht nur in allen Betrieben durchzusetzen, sondern auch den beschlossenen Arbeitsnachweis so auszubauen, daß er allen Anforderungen gerecht werden kann. Wenn vielleicht auch manche Kollegen die vereinbarten Löhne nicht ausreichend finden im Hinblick auf die sehr teuren Lebensverhältnisse des Ostens, so möge sich doch dadurch niemand abhalten lassen, dem Ruhe des Nachweises nach Annahme von Arbeit zu entsprechen. Die Verhältnisse werden es von selbst mit sich bringen, daß die wirklich tüchtigen Arbeitskräfte einen höheren als den vereinbarten Mindestlohn erhalten und auch die Akkordbedingungen so gestellt werden, daß der Arbeiter existieren kann. Und wenn trotzdem sich Unzuträglichkeiten herausstellen sollten, dann wird unser Verband stets mit dem nötigen Nachdruck für die Rechte der Kollegen einzutreten wissen.

Maßnahmen zur Regelung der Arbeitsvermittlung.

Seit Monaten ist in vielen privaten und amtlichen Konferenzen die Frage einer gesetzmäßigen Regelung des Arbeitsnachweises besprochen worden. Unsere Forderungen davon haben wir hier wiederholt entwickelt; die wichtigsten davon sind: Schaffung von Arbeitsämtern als Träger der Arbeitsnachweisorganisation, Melde- und Benutzungsspflicht für Unternehmer und Arbeiter, paritätische Verwaltung. Bei der im Februar d. J. von der Generalkommission einberufenen und von Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen und namhaften Sozialpolitikern beschickten Konferenz war es jedoch schon nicht möglich, für diese Vorschläge allseitige Zustimmung zu finden, da einzelne Gewerkschaftsrichtungen glauben, auf die Wahrnehmung gewisser Sonderinteressen bei der Arbeitsvermittlung nicht verzichten zu können. Man einigte sich auf gemeinsame Leitfäden, die zwar eine gesetzliche Regelung der Materie, Arbeitsämter, Schaffung öffentlicher Arbeitsnachweise und Meldepflicht, nicht aber die nach unserer Meinung durchaus notwendige Benutzungspflicht und ebenso wenig paritätische Verwaltung für alle zugelassenen Arbeitsnachweise forderten. Immerhin hätte die Durchführung dieser Leitfäden, die in der großen Kommission des Reichstages auch angenommen wurden, einen guten Schritt vorwärts bedeutet.

Die Regierung jedoch - wohl getrieben durch die lebhafteste Abneigung weiter Unternehmungskreise gegen jede Regelung der Arbeitsvermittlung - nahm leider den Standpunkt ein, daß eine Auseinandersetzung über die Neugestaltung des Arbeitsnachweises gegenwärtig nicht angebracht sei und späteren Erwägungen vorbehalten bleiben müsse. Auf diesen Grundton war die Konferenz gestimmt, die unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen zum 30. April vom Reichsamt des Innern einberufen war. Ueber das außerordentlich dürftige Ergebnis der Besprechungen haben wir in Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet.

Nunmehr hat der Bundesrat Beschlüsse gefaßt, die zu erkennen geben, in welcher Form die Regierung auf die Regelung der Arbeitsvermittlung einzuwirken gedenkt. Diese Beschlüsse spiegeln sich wieder in den nachstehenden, laut Verfügung des Ministeriums für Preußen, am 26. Mai erlassenen

Vorschriften.

1. Die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise haben dem Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, in Berlin bis zum 1. Juli 1915 eine Anzeige folgenden Inhalts zu erstatten: Bezeichnung des Arbeitsnachweises, Angabe der Personen oder Körperschaften, die ihn unterhalten, Betriebsstätte, Name des Geschäftsleiters, Fernsprechnummer und Geschäftsstunden. Jede hierin sich ergebende Veränderung sowie die Eröffnung eines neuen nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweises ist binnen drei Tagen in gleicher Weise anzuzeigen.
2. Die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise, mit Ausnahme der Arbeitsnachweise für kaufmännische, technische und Büroangestellte, haben an zwei Stichtagen in der Woche (tunlichst Mittwoch und Sonnabend) die Zahl derjenigen Arbeitsgesuche und offenen Stellen, die bis zum Zeitpunkt der Meldung nicht erledigt werden konnten, und voraussichtlich bis zum Erscheinen des Arbeitsmarktanzeigers nicht erledigt werden können, mit genauer Angabe der Berufsart (Spezialberufe) unmittelbar an das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, zu melden. Das die Vordrucke hierzu kostenlos zur Verfügung stellt. Die Meldescheine (Postkarten) sind so rechtzeitig einzusenden, daß sie beim Kaiser-

lichen Statistischen Amte jeden Donnerstag und Montag mit der ersten Post eintreffen. Die Meldelarten müssen erstmalig am Montag, den 2. August 1915, bei dem Kaiserlichen Statistischen Amt einlaufen.

Von dieser Meldepflicht kann der Regierungspräsident (im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident) diejenigen Arbeitsnachweise befreien, welche

- a) verpflichtet sind, die von ihnen nicht erledigten Arbeitsgelegenheiten und offenen Stellen regelmäßig dem am Orte befindlichen öffentlichen (gemeindlichen oder von der Gemeinde unterstützten) Arbeitsnachweis oder einer sonstigen Sammelstelle mitzuteilen, sofern diese die bei ihr eingehenden Meldungen nach Maßgabe der Vorschriften im Abs. 1 an das Kaiserliche Statistische Amt weiterzumelden haben, oder
- b) voraussichtlich weniger als 200 Stellen im Jahre besetzen werden.

Jede Befreiung hat der Regierungspräsident (Polizeipräsident) dem Kaiserlichen Statistischen Amt unmittelbar mitzuteilen.

3. Jeder nicht gewerbsmäßig betriebene Arbeitsnachweis hat einen Geschäftsleiter zu bestellen, der für die Erfüllung dieser Vorschriften verantwortlich ist.

Im Zusammenhang mit diesen Vorschriften steht ein Rundschreiben des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 21. Mai an die Regierungspräsidenten:

In dem Rundschreiben vom 18. November 1902 (S. 400) ist bereits auf die Bedeutung hingewiesen, die einer tunlichst engen Fühlung zwischen den öffentlichen Arbeitsnachweisen und den übrigen an denselben Orten bestehenden nicht gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlungstellen, insbesondere den Facharbeitsnachweisen der Arbeitgeber und der Arbeiter, im Interesse eines erfolgreichen Ausgleichs von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage beizumessen ist.

Als zu erstrebendes Ziel ist dabei bezeichnet worden, daß zum mindesten zwischen den einzelnen Arbeitsnachweisstellen eine regelmäßige Mitteilung der offenen Stellen und unerledigten Arbeitsgelegenheiten auf kürzestem Wege durch Fernsprecher stattfindet, sofern es nicht gelingt, eine engere organisatorische Angliederung der Facharbeitsnachweise an die allgemeinen Arbeitsnachweisstellen herbeizuführen.

Die erhöhten Anforderungen, die seit Ausbruch des Krieges an eine tunlichst schnell und erfolgreich wirkende Arbeitsvermittlung im Interesse der Unterbringung der arbeitssuchenden Bevölkerungskreise in die offenen Arbeitsstellen wie im Interesse der Versorgung der verschiedenen Erwerbszweige mit den benötigten Arbeitskräften gestellt werden, haben das enge Zusammenarbeiten der verschiedenen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisstellen im öffentlichen Interesse als unerlässlich erwiesen und erfreulicherweise auch an manchen Orten bereits zu einer stärkeren Zentralisierung des Arbeitsnachweises geführt. Eine solche erscheint auch im Hinblick auf die bedeutenden Aufgaben geboten, die den nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen in der Zeit nach Beendigung des Krieges erwachsen werden, wenn die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger in die verfügbaren Arbeitsplätze überzuleiten sind.

Die Zersplitterung im Arbeitsnachweiswesen tritt vornehmlich in den größeren Orten hervor, wo vielfach zahlreiche nicht gewerbsmäßige Arbeitsnachweise — außer dem öffentlichen Arbeitsnachweis Arbeitsvermittlungstellen der gemeinnützigen Vereine, der Innungen, der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände der verschiedenen Richtungen, Tarifarbeitsnachweise — nebeneinander bestehen. Um den sich daraus für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung ergebenden Hemmnissen nach Möglichkeit zu begegnen, ist in Berlin von allen Beteiligten freiwillig eine Zentralarbeitsnachweisstelle errichtet worden, die zur allgemeinen Zufriedenheit gearbeitet hat.

Ich ersuche Sie, alsbald unter Zuziehung der Träger der verschiedenen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisrichtungen zu erwägen, wie auch in den größeren Orten Ihres Bezirks ein enges Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise durch Schaffung von Zentralarbeitsstellen oder ähnlicher Einrichtungen herbeigeführt werden kann. Im Hinblick auf das seit dem Kriegsbeginn von allen in Frage kommenden Organisationen betätigte Entgegenkommen und nach dem Ergebnis der am 30. April vom Herrn Staatssekretär des Innern im Reichstag abgehaltenen Besprechung aller am Arbeitsnachweis beteiligten Stellen über Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Kriegsteilnehmer und die Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluß darf erwartet werden, daß die Herstellung einer engeren Fühlung unter den Arbeitsnachweisen allseitig verständnisvolle Unterstützung finden wird. Eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung würde zugleich auch dadurch noch weiter gefördert werden, daß die Arbeitgeber alle offenen Stellen an einen der organisierten Arbeitsnachweise ihres Bezirks melden. Einem dahingehenden Vorschlag ist in der bezeichneten Besprechung von keiner Seite widersprochen worden. Es wird daher auch zu erwägen sein, ob nicht auf die Arbeitgeber, soweit erforderlich, durch Vermittlung ihrer Organisationen in dieser Beziehung eingewirkt werden könnte.

In diesen amtlichen Publikationen ist das enthalten, was die Regierung zu der so dringenden Regelung des Arbeitsnachweiswesens beizusetzen gedenkt. Es ist herzlich wenig und von einer Regelung der Materie kann eigentlich nicht gesprochen werden. Die Aufstellung eines Registers sämtlicher Arbeitsnachweise, die Meldepflicht über die Arbeitsgelegenheiten und offenen Stellen und der auf dieser Grundlage geplante Ausbau des „Arbeitsmarktanzeiger“, der eine bessere Verknüpfung über den Stand des Arbeitsmarktes und einen Austausch zwischen den Arbeitsnachweisen ermöglichen soll, das alles sind gewiß Dinge, die geeignet sind, eine gewisse Besserung herbeizuführen. Im Grunde genommen aber kann damit an der traurigen Tatsache der Arbeitsnachweislosigkeit nichts geändert werden. In dem Erlaß des preussischen Handelsministers findet sich zwar der Ausdruck des Bedauerns über die vorhandene Zersplitterung, aber eigentlich verweist die Regierung jede gefühlige Handhabe, dem entgegenzutreten. Die geforderten Arbeits-

ämter sind zusammengedrumpft zu „Zentralarbeitsstellen oder ähnlichen Einrichtungen“, jedoch selbst die Schaffung solcher schattenhaften Gebilde mit unbestimmten Befugnissen wird den Dienststellen lediglich „zur Erwägung“ überlassen. Das Ganze läuft auf den Wunsch hinaus, die vorhandenen Arbeitsnachweise möchten sich zu einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen. Von den vielfachen Sonderinteressen, die sich auf diesem Gebiete tummeln und dem notorischen Mangel an gutem Willen in manchen der beteiligten Kreise wird aber ohne Anwendung eines gesetzlichen Zwanges nicht viel zu erreichen sein.

Aber trotzdem werden wir bei diesen Versuchen, so unzulänglich sie auch sind, nicht müßig beiseite stehen. Nach den ministeriellen Anweisungen sollen an den einzelnen Orten die Träger der verschiedenen Arbeitsnachweise zu gemeinsamen Beratungen zusammenberufen werden. Selbstverständlich gehören dazu auch unsere in sehr vielen Zahlstellen vorhandenen Arbeitsnachweise. Wir erwarten von allen unseren Funktionären und Lokalverwaltungen, daß sie einem an sie ergehenden Rufe nach Teilnahme an solchen Besprechungen nicht nur Folge leisten, sondern dabei auch tatkräftig an der Verbesserung des Arbeitsnachweiswesens mitarbeiten. Ja, mehr noch: Die Teilnahme an diesen Bestrebungen muß als ein Recht betrachtet werden, das gegebenenfalls zu fordern ist, auch dann, wenn etwa während der Kriegszeit die Vermittlungstätigkeit ganz oder teilweise geruht haben sollte.

Wir müssen Wert darauf legen, bei all diesen Verhandlungen und Bestrebungen beteiligt zu sein, einmal im Hinblick auf die Möglichkeit einer sofortigen Verbesserung des Arbeitsnachweiswesens, dann aber auch mit Rücksicht auf die zukünftige Entwicklung der Dinge. Es ist zu beachten, daß die Regierung für später eine tiefgreifende Regelung der ganzen Frage versprochen hat, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die zwingende Notwendigkeit dazu früher an die Regierung herantritt, als sie heute noch selber glaubt. Jedenfalls kommt einmal die Zeit, in der die ganze Frage aufs neue, und dann hoffentlich mit besserem Erfolge, aufgerollt wird. Dann kann es nur von Nutzen sein, wenn wir bei den vorhandenen Ansätzen zu einer vernünftigen Regelung des Arbeitsnachweiswesens bereits in ausreichendem Maße beteiligt sind. Für unsere Verwaltungen in denjenigen Zahlstellen, die Arbeitsnachweiseinrichtungen besitzen, ist die nächstliegende Aufgabe, schleunigst (spätestens bis 1. Juli) diesen Nachweis nach den oben wiedergegebenen Bundesratsvorschriften beim Kaiserlichen Statistischen Amt anzumelden.

Die Geschloßkorbindustrie im Sonneberger Spielwarenbezirk.

W. A. Zu den in letzter Zeit über die Geschloßkorbindustrie veröffentlichten Berichten möchte ich erwähnen, daß die Erfahrungen, welche im Lichtenfelder Bezirk gemacht worden sind, auch restlos für den Coburger Korbmacherbezirk zutreffen. So sagt der Verfasser: „Trotz der niedrigen Akkordsätze werden, auf Grund der langen Arbeitszeit Löhne verdient, wie sie die Arbeiter und Arbeiterinnen noch nicht erlebt haben.“ Noch viel mehr treffen diese Ausführungen auf den Sonneberger Spielwarenbezirk zu. Es kommen hier große Massen in Frage, welche jetzt auf Geschloßkörbe tätig sind.

So sind im Amtsgerichtsbezirk Sonneberg bei der Ortsfrankentasse über 3500 Personen in der Geschloßkorbbranche angemeldet, davon sind etwa 2700 weibliche Personen. Im benachbarten Neustadt bei Coburg sind 800 männliche und 900 weibliche Arbeiter bei der Kasse gemeldet. Bei der Ortskasse Schalkau etwa 300 männliche und 400 weibliche Personen. Außerdem kommen noch mehrere Ortschaften in Frage, so Steinach, Lauscha, Neuhaus usw., wo auch noch mehrere hundert Personen auf Geschloßkörbe tätig sind. Die Körbe werden meist in der Heimarbeit fertiggestellt, auch für die Krankentasse ist die Kontrolle schwer zu führen, so daß die Zahl der wirklich Beschäftigten noch größer wie die der Angemeldeten ist. Die Gesamtzahl der auf Geschloßkörbe im Spielwarenbezirk Beschäftigten beträgt mindestens 5500 Personen, davon über zwei Drittel Arbeiterinnen.

Es wächst hier für die organisierten Korbmacher eine Gefahr heran, durch welche die Schmutzkonzurrenz der Lauschaer unorganisierten Heimarbeiter des Coburg-Lichtenfelder Bezirkes noch gesteigert werden könnte. Die Sonneberger Spielwarenindustrie liegt seit Ausbruch des Krieges sehr danieder, England und Amerika sind die Hauptabnehmer, fast alle Arbeiter waren arbeitslos. Der großen Notlage gegenüber waren viele Gemeinden machtlos, die Gemeinden sind arm, die Einwohner sind arme Heimarbeiter. Für die seit Jahrhunderten einseitig, nur im Interesse der großen Spielwaren-Exporteure ausgebildeten Leute war schwer andere Arbeit zu beschaffen. Darum wurde die Einführung der Geschloßkörbe als ein großer Segen von allen Kreisen der Bevölkerung betrachtet.

Nun ist in absehbarer Zeit nicht wieder auf volle Beschäftigung der Spielwarenindustrie zu hoffen. Gemeinden und Regierung wollen möglichst die Einseitigkeit der Industrie erhalten und die durch den Krieg eingeführten Industrien erhalten. Als eine derartige Industrie betrachtet man die Korbindustrie. Der Unterzeichnete hat deswegen mit dem Landrat des Kreises schon eine Aussprache gehabt, wobei allerdings die Regierung auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde, dadurch eine neue Elendsindustrie heranzuziehen. Aber bei den Geschloßkörben darf man hier nicht von Elend reden, wenn sich die Leute eingearbeitet haben, wird meist das Doppelte verdient, wie vorher in der Spielwarenindustrie. Hauptächlich werden weibliche und jugendliche Personen auf Geschloßkörbe beschäftigt. Die Verwendung der schwer zu verarbeitenden Weiden als Flechtmaterial hat bisher keine Schwierigkeiten verursacht; es werden nach wie vor alle Sorten Körbe hergestellt. In Neustadt bei Coburg hat eine große Spielwarenfirma umfangreiche Neubauten vorgenommen, hier sind von der Militärverwaltung sichere Garantien für spätere Zeit gegeben worden.

Neben Rohr- und Weidenkörben werden hier Geschloßkörbe aus Papiermachee mit Stahleinlagen gepreßt. Jede Woche stellt man schon jetzt 2000 derartige Körbe her.

Wie sieht es nun mit der Organisation der Spielwarenarbeiter? In der Mehrzahl sind die Spielwarenarbeiter Heimarbeiter, und diese sind mit wenigen Ausnahmen nicht organisiert. Für die meisten Spielwarenarbeiter kommt der Gewerkschaftenverband in Frage, der aber die Organisation der Heimarbeiter nach vielen vergeblichen Versuchen als aussichtslos aufgegeben hat. Ein Teil der Spielwarenarbeiter kommt für unsern Verband in Betracht, aber auch uns ist es nur in einer Ortschaft (Neuenbau) gelungen, ein Spezialbranchen teilweise zu organisieren.

Würden also die Bestrebungen auf Erhaltung der Korbindustrie Erfolg haben, dann würde zu dem Coburg-Lichtenfelder noch das Sonneberger Spielwarengelbiet hinzukommen. Die Militärverwaltung nimmt schon „Rücksicht“ auf die Verhältnisse. In Köpplendorf, einem Nachbarort von Sonneberg, zählt die Artilleriewerkstatt Spandau eine Gemeinde, welche eine Werkstatt eingerichtet hat, für rund 13-cm-Körbe, 60 cm lang, 2,20 Mt., für die kleineren, 41 cm lang, erhalten sie nur 1,50 Mt. als Lieferpreis bei franco Lieferung. Bei den teuren Materialpreisen bleibt da für den Arbeiterlohn wenig übrig. Auf diese Tatsachen gilt es schon heute die Aufmerksamkeit zu richten. Die organisierten Korbmacher des Bezirkes, besonders in Coburg, müssen schon heute für weiteren Ausbau und Festigung ihrer Organisation eintreten. Jetzt lehnen die Geschloßkorbarbeiter den Beitritt zur Organisation ab, da sie doch nicht lange in der Branche tätig seien. Soll dies immer so bleiben? Je größer die Schwierigkeiten, desto kräftiger muß für die Organisation gearbeitet werden. Nur wo gearbeitet wird, nur dort wird ein Erfolg der Arbeit zu verzeichnen sein.

Agitationsberichte.

Gau Dresden. Die Frühjahrstagung ist nicht ganz resultatlos verlaufen, wie es nach der Stimmung in den meisten Verwaltungen vorher den Anschein hatte. Neben dem Resultat haben 36 Verwaltungen an den Gauvorstand berichtet. Unter den Zahlstellen, die nicht berichtet haben sind einige, die infolge so massenhafter Einberufungen zum Militär und durch Stilllegung der Betriebe nur noch wenige Mitglieder haben und demzufolge auch keine Versammlungen mehr zustande bringen. Es sind aber auch Zahlstellen darunter, die der sträflichen Ansicht huldigen, daß die Agitation erst wieder nach dem Kriege aufgenommen werden kann, weil nach ihrer Meinung jetzt kein Erfolg zu erzielen sei. In 23 Zahlstellen haben in der Agitationswoche Mitgliederversammlungen stattgefunden. Diese Versammlungen waren mit Ausnahme weniger Orte mäßig oder schlecht besucht. In zwölf Versammlungen haben die Kollegen Dietrich und Seibold aus Breslau das Referat erstattet, aber auch diese Versammlungen erfreuten sich zumeist keinem guten Besuches. Der größere Teil der Zahlstellen legt Wert auf die Abhaltung von Betriebsversammlungen. Diese waren auch verhältnismäßig besser besucht. Besonders in Dresden waren die Bezirks- und Betriebsversammlungen gut besucht. Von 2000 noch hier beschäftigten Holzarbeitern waren etwa 1400 in den Versammlungen erschienen. Das kommt mit daher, weil diese Versammlungen gleich nach Arbeitsluß und auch in einem nahegelegenen Lokal stattfanden. Dagegen waren die zwei Mitgliederversammlungen nur von insgesamt 350 Kollegen besucht. Nach den diesmaligen Erfahrungen zu urteilen, empfiehlt es sich bei solchen außergewöhnlichen Veranstaltungen die Kollegen bezirks- und werkschaftsweise gleich nach Arbeitsluß zu laden. Ingesamt sind in Dresden bei der Frühjahrstagung, die schon Anfang April einsetzte, 109 Aufnahmen gemacht worden. Im ganzen Gau wurden 202 Aufnahmen gemacht, die sich auf 22 Zahlstellen verteilen. Hausagitationen fanden nur wenige statt und dienten vor allem dem Zweck, die Kollegen aufzufinden, die ausgetreten waren oder im Begriff standen es zu tun. Die Kollegen dem Verband zu erhalten, ist ebenso wichtig, als neue Mitglieder zu werben, deshalb sollten die Verwaltungen auch nach dieser Richtung nichts unversucht lassen.

Wenn wir das diesmalige Resultat mit der Agitationsarbeit vergleichen, die sonst in Friedenszeiten verrichtet wurde, und berücksichtigen dabei die so unendlich schwierigen Verhältnisse, mit denen jetzt zu rechnen ist, dann können wir mit dem Resultat immerhin zufrieden sein. Aber noch viel größer wäre der Erfolg, wenn der Appell, der an die Verwaltungen und an die Kollegen gerichtet wurde, eine dauernde Belebung des Verbandslebens zur Folge haben würde. Nur erst dann werden wir rüstig vorwärts kommen, wenn alle Verwaltungen und alle Mitglieder es sich zur Pflicht machen, unangeseht ihre Aufmerksamkeit auf die weitere Agitationsarbeit zu richten.

Im allgemeinen liegen jetzt die Verhältnisse im Dresdener Gau nicht mehr so günstig als es im Anfang des Frühjahrs der Fall war. Die Kriegsaufträge haben merklich nachgelassen, zum Teil ganz aufgehört und neue Aufträge sind vorläufig auch nicht zu erwarten. Die Zahl der Mitglieder, die in anderen Berufen arbeiten, ist noch sehr groß. Von den in Dresden noch vorhandenen 3300 Mitgliedern arbeiten nur etwa 2000 in der Holzindustrie, die übrigen sind in allen möglichen Berufen beschäftigt. Das ist ein Umstand, der sehr nachteilig auf das Organisationsleben einwirkt. Nur in einzelnen ergebungsreichen Orten, wie in Seiffen, Heideberg, Deutschneudorf und Neuhäusen, sind noch reichlich Kriegsaufträge vorhanden. Hierbei verdient folgendes besonderer Erwähnung: Die dortigen Fabrikanten bekommen ihre Aufträge nicht direkt durch die Heeresverwaltung, sondern durch Zwischenagenten. In Seiffen sitzt seit November vorigen Jahres ununterbrochen ein Unteragent, der im Auftrage seiner Firma, Max Junge, Zellulosewarenfabrik in Berlin, an die dortigen Fabrikanten die Aufträge vergibt. Also eine Berliner Firma, die nicht einmal selbst Holzwaren fabriziert, bekommt die Aufträge von der Heeresverwaltung und gibt dieselben weiter in die ergebungsreichen Spielwarenorte, also dorthin, wo die schlechtesten Verhältnisse existieren. Der Agent hat natürlich die Aufgabe, die Aufträge zu möglichst niedrigen Preisen weiter zu vergeben. Die Firma verdient dabei also soviel, daß sie

einen Angestellten dort unterhalten kann und auch sie selber immer noch einen ansehnlichen Gewinn einsteckt. Da muß man sich doch wirklich fragen, warum die Fabrikanten sich so etwas gefallen lassen und nicht lieber danach trachten, den Gewinn, den die Berliner Firma einnimmt, selber zu behalten, um auch den Arbeitern dann bessere Löhne zu zahlen als dies jetzt der Fall ist. Hier wäre ein Feld für den dortigen Arbeitgeberverband (Sitz Döbernhau), der einmal hierbei wirkliche Arbeitgeberinteressen wahrnehmen könnte. Es läge sehr im Interesse der dortigen Fabrikanten und der so schlecht gestellten Solzarbeiter, wenn der Arbeitgeberverband sich einmal nach dieser Richtung hin betätigen würde. Bei Lohnbewegungen der Arbeiter entwickelt dieser Verband eine sehr eifrige Initiative, damit die Arbeiter leer ausgehen sollen. In Neuhausen macht sich der Arbeiterverband bemerkbar, daß die Fabrikanten jugendliche Arbeiter von 14 Jahren an den gefährlichen Solzbearbeitungsmaschinen beschäftigen, dieselben arbeiten sogar teilweise in Akkord und auch mit Nachtshift. Das ist gesetzwidrig und muß unter allen Umständen bekämpft werden. Es liegt auch nicht im Interesse des deutschen Volkes, wenn solche Kinder schon frühzeitig der Gefahr ausgesetzt werden, ihre Gliedmaßen zu verlieren. Bei genügender Entlohnung stehen erwachsene Arbeiter als Maschinenarbeiter zur Verfügung. Die Fabrikanten glauben aber, daß jetzt alles erlaubt ist. Es wird aber Aufgabe der Organisation sein, dafür zu sorgen, daß nicht alles jetzt drunter und drüber geht. P. Sch.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Wie aus dem zweiten Artikel in der heutigen Nummer ersichtlich, hat der Bundesrat jetzt eine Verordnung erlassen, wonach alle Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli dieses Jahres bei dem Kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin anzumelden sind. Wir machen unsere Ortsverwaltungen auf diese Meldepflicht aufmerksam und ersuchen dringend, alle Arbeitsnachweise unseres Verbandes, auch wenn ihre Vermittlungstätigkeit jetzt während des Krieges nur gering sein sollte, gleichfalls rechtzeitig anzumelden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit fällig ungültig erklärt:

- 388412 Walter Eichler, Klavierarb., 7. 12. 85 zu Magdeburg.
 - 458143 Georg Krause, Tschl., geb. 26. 5. 80 zu Waldenburg.
 - 505039 Vincent Gazinski, Tschl., geb. 4. 7. 75 zu Zerlow.
 - 557140 Karl Walter, Masch.-Arb., 17. 10. 85 zu Siebelen.
 - 565357 Ernst Reichelt, Tschl., geb. 24. 8. 73 zu Laslowitz.
- Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Korbmacher.

In der Geschloßfabrikation scheint sich eine Aenderung zu vollziehen, da gegenwärtig neue Aufträge sehr spärlich herausgegeben werden. Möglicherweise wird es daher in den verschiedensten Orten zu Sektionseinschränkungen kommen. Wir bitten die Sektionsleitungen, in solchen Fällen sofort dem Unterzeichneten Nachricht zu geben.

Den eventuell arbeitslos werdenden Kollegen empfehlen wir, sich der Holz- sowie geschlagenen Branche zuzuwenden und dort für höhere Löhne zu sorgen, da diese Artikel jetzt gut bezahlt werden.

Gleichzeitig weisen wir auch auf die von der Zentralkommission herausgegebene Broschüre: „25 Jahre Korbmacherorganisation“ hin und empfehlen dieselbe jedem Kollegen zu eingehendstem Studium.

J. A. Paul Brückner, Berlin SO. 36, Wiener Str. 38.

Korrespondenzen.

Freiburg i. B. Schon längere Zeit vor Ausbruch des Krieges war der Geschäftsgang in unserm Beruf kein guter. Gleich nach der Mobilmachung wurden die drei größten Betriebe eingestellt, wodurch gleich v. Kollegen arbeitslos wurden. Durch die Verlegung der Flugzeugfabrik von Mühlhausen nach hier wurde es möglich, 15 Kollegen unterzubringen; andere sind auf fremde Berufe übergegangen. Demnach hatten wir Ende August noch 76 Arbeitslose. Durch Vergebung von Lazarettarbeiten war es möglich, die übrigen Betriebe zu erhalten. Nach und nach wurden auch die vor dem Kriege angefangenen Arbeiten wieder aufgenommen. Durch gemeinsamen Beschluß mit den Arbeitgebern wurde im Oktober die Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden täglich beschränkt. Auf Drängen der Arbeitsgemeinschaft, in der auch wir vertreten sind, wurde die Stadtverwaltung zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit getrieben. Dadurch und durch Anfertigung von Meereslieferungen war es möglich, im Januar die normale Arbeitszeit wieder einzuführen. Seither ist der Geschäftsgang der Zeit entsprechend befriedigend. Die Arbeitslosigkeit hat seit August fortwährend abgenommen, so daß zurzeit keine arbeitslosen Werftarbeiter gemeldet sind. Die Stadt hat die städtische Arbeitslosenunterstützung den Verhältnissen angepaßt und sie nicht auf 60 Tage, wie zuerst festgelegt war, sondern für die Dauer des Krieges bestimmt. Wenn auch gesagt werden kann, daß der Tarif von den Arbeitgebern hochgehalten wurde, so muß doch bemerkt werden, daß einige dazu erst durch die Verwaltung gezwungen werden mußten. Die Firma Wette u. Söhne, Orchestrierfabrik, die im August den Betrieb geschlossen, im Dezember aber eine Meereslieferung übernommen hatte, glaubte, für sie bestünde kein Tarif mehr. Die eingestellten Kollegen bekamen 33 Pf. statt mindestens 57 Pf. Stundenlohn, auch keine Prozente für Überstunden und Sonntagsarbeiten. Durch unser Einschreiten wurden ihr die Lieferungen entzogen. Somit steht nun der Betrieb wieder still, doch wurden unsere Kollegen sofort wieder untergebracht. In der Flugzeugfabrik mußte mit Hilfe des Gauvorstehers eine Bewegung geführt

werden, um bessere Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse zu schaffen. Dasselbst sind etwa 35 Kollegen von Mühlhausen und 40 von Freiburg beschäftigt. Die Organisationsverhältnisse sind nicht gut, und so kam es, daß die Kollegen nicht geschloffen bei der Sache waren. Es wurde erreicht, daß der Tariflohn bezahlt wird und die Arbeitszeit von 68 auf 60 Stunden herabgesetzt wurde. Die Kollegen sollten aber bedenken, daß bei geschlossenem Vorgehen bedeutend mehr hätte erreicht werden können. Es wäre dringend notwendig und läge im eigenen Interesse der Kollegen, sich sofort dem Verbands anzuschließen.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. Juli d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein.

Erklärung der Abkürzungen: Fa. = Firma. Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohnerh. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschnittl. = DurchschnittsStundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Akkordl. = Akkordtarife.

Berlin: Arbzt. von 51 auf 50 Stunden mit Lohnausgleich (1 Pf.).

Brieg: Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 43 auf 44 Pf.

Bromberg: Arbzt. von 56 auf 55 Stunden mit Lohnausgleich. Lohnerh. für Bautischler 3 Prozent. Durchschnittslohn 50 Pf.

(Fa. Böhm, Gr.-Bartelsee): Arbzt. von 56 auf 55 Stunden mit Lohnausgleich.

Cassel (Fa. Rietze): Mindestl. von 56 auf 57 Pf.

Chem (Fa. Schönerer): Lohnerh. 1 Pf.

(Fa. Borger, Spulenzabrik): Lohnerh. 1 Pf. und Erhöhung einzelner Akkordpreise.

Ermitlschau: Arbzt. von 55 auf 54 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Akkordpreise werden dementsprechend erhöht.

(Firmen Bschode und Ostar Reichenbach): Arbzt. von 55 auf 54 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Dementsprechend werden die Mindestlöhne erhöht.

Dannenberg (Fa. Orda): Lohnerh. 1 Pf.

Dippoldswalde (Fa. Seide, Obercarsdorf): Lohnerh. 1 Pf. Bei Montagearbeiten wird der Zuschlag für Übernachten um 25 Pf. erhöht.

Dresden: Arbzt. von 52 auf 51 Stunden mit Lohnausgleich.

(Fa. Reimann): Arbzt. von 52 auf 51 Stunden. Mindestl. wird von 53 auf 55 Pf. erhöht, und dementsprechend steigen auch die Akkordpreise.

(Cosmannsdorf, Deuben, Döhlen, Gainsberg und Potschappel): Arbzt. von 53 auf 52 Stunden mit Lohnausgleich.

Düsseldorf: Arbzt. für die eingemeindeten Vororte von 54 auf 53 Stunden.

(Vergolder): Lohnerh. 1 Pf.

Duisburg: Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 59 auf 60 Pf.

(Fa. Gatermann): Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. wird auf 61 bzw. 64 Pf. erhöht.

Glauchau (Birkensabrik A.-G.): Arbzt. von 56 auf 55 1/2 Stunden. Die Löhne werden um 2 Prozent erhöht.

Gießen (Fa. Heymann in Krau): Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 59 auf 60 Pf.

(Ladbeck): Lohnerh. 1 Pf.

Gießen: Lohnerh. 1 Pf., und dementsprechend Steigerung der Mindestlöhne.

Glashütte (Fa. Seelhammer): Lohnerh. 2 Pf. Glauchau: Arbzt. von 55 auf 54 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 44 auf 46 Pf. für Solzarbeiter und von 41 auf 43 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahren.

Göttingen: Arbzt. von 56 auf 55 Stunden und 1 Pf. als Lohnausgleich. Durchschnittl. von 51 auf 52 Pf.

Großenhain (Fa. Emil Kirchner): Arbzt. von 56 auf 55 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Akkordlöhne werden um 5 Prozent erhöht.

Grünstadt: Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 48 auf 49 Pf.

Hamborn: Arbzt. von 57 auf 56 Stunden und 1 Pf. als Lohnausgleich. Durchschnittl. wird von 56 auf 57 Pf. erhöht, dementsprechend steigen auch die Akkordlöhne.

Hamm-Abten: Lohnerh. 1 Pf.

Harfeld (Fa. Heinz Dreyer): Lohnerh. 2 Pf.

Hildesheim: Arbzt. von 56 auf 55 Stunden und 1 Pf. als Lohnausgleich. Durchschnittl. steigt auf 53 Pf.

Höf: Lohnerh. 1 Pf. Akkordl. werden 1 bis 4 Prozent erhöht.

(Fa. Naegler, Sindlingen): Arbzt. von 55 1/2 auf 54 Stunden und 1 1/2 Pf. als Lohnausgleich; außerdem Lohnerh. 2 Pf.

Hoyerswerda: Arbzt. von 58 auf 57 Stunden mit Lohnausgleich. Lohnerh. 1 Pf.

Jöhstadt (Fa. Rich. Unger): Arbzt. von 57 auf 56 Stunden. Lohnerh. 1 Pf.

(Fa. F. U. Unger u. Sohn): Arbzt. von 57 1/2 auf 56 Stunden. Lohnerh. 2 Pf.

Kellinghusen: Lohnerh. 1 Pf.

Landshut: Lohnerh. 1 Pf.

Leipzig: Arbzt. von 52 auf 51 Stunden und 1 Pf. als Lohnausgleich. Mindestl. werden um 1 Pf. erhöht.

(Croft): Lohnerh. 2 Prozent. Mindestl. wird von 45 auf 46 Pf. erhöht.

Megnitz (Fa. Genthner): Lohnerh. 1 Pf.

Mühlberg: Arbzt. von 55 auf 54 Stunden mit Lohnausgleich. Mindestl. 54 Pf.

Malchin (Fa. W. Bremer): Lohnerh. 1 Pf.

Meerane: Arbzt. von 55 auf 54 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 44 auf 46 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren von 41 auf 43 Pf.

Meuselwitz: Lohnerh. 1 bzw. 2 Pf. Mindestl. von 47 auf 48 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahren von 41 auf 42 Pf.

Mühlhausen i. Th. (Fa. Körber): Lohnerh. 2 Pf.

Neustadt a. S. und Dürkheim: Lohnerh. 2 Pf.

Niederseibitz (Fa. Leinbrock): Lohnerh. 1 Pf.

Pöschel (Gasereibetriebe): Lohnerh. 1 Pf.

Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1915.

Gau	Zahlstellen haben betriebl.	Mitglieder am 1. d. Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittl. am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten									
			vom vorigen Monat	Zugang i. diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise					
								Mitgl.	Tage	M.	Pf.	Mitgl.	Tage	M.	Pf.		
Danzig	26	1605	66	27	93	56	2	30	386	369	—	9	29	23	—	5	
Stettin	40	1799	64	49	113	27	—	44	570	530	30	55	113	79	90	—	2
Breslau	49	3665	276	210	486	247	1	184	1934	1792	94	35	92	64	30	—	—
Berlin	89	19159	838	2364	3202	874	3	671	4929	4689	90	70	184	142	20	—	5
Dresden	54	8913	373	434	807	308	2	385	3555	3389	31	65	101	70	15	—	—
Leipzig	59	9501	770	591	1361	778	7	301	3043	2668	81	58	106	78	30	—	—
Erfurt	77	3577	184	76	260	119	1	60	700	609	40	22	39	29	45	—	—
Magdeburg	33	3488	74	67	141	55	1	44	342	316	05	54	110	69	30	—	3
Hamburg	66	10856	584	813	1397	518	5	260	2471	2229	50	131	267	192	70	—	1
Hannover	40	4640	139	198	337	93	1	168	1745	1718	90	93	199	140	80	—	4
Düsseldorf	54	4045	61	114	175	47	2	70	639	606	65	69	138	98	—	—	2
Frankfurt	52	4729	127	211	338	132	3	135	1609	1439	40	47	97	72	70	—	9
München	49	7407	1002	156	1158	600	1	170	2248	1542	—	16	37	32	35	—	4
Wünchen	33	3675	254	171	425	193	—	100	1827	1427	—	15	37	28	30	—	1
Stuttgart	73	4401	435	161	596	385	—	170	2090	1954	80	28	84	62	61	—	7
Saarlasse	—	170	6	3	9	2	—	2	34	25	65	1	5	3	—	—	—

Monat	1915	1914	1913	1912	1911	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902	1901	1900
Mai	794	91760	5253	5645	10898	4434	29	2794	28122	25309	61	768	1638	1187	06	43
April	780	90447	6464	6261	12725	5257	29	3667	33651	30087	19	856	1747	1286	69	59
März	792	100494	10210	7258	17468	6521	36	5120	57879	51437	52	1146	2432	1625	06	49
Februar	814	107728	14791	7028	21819	10274	37	8544	95772	87183	96	1399	2819	1938	91	32
Januar	802	110828	20297	8536	28833	14832	49	17662	253230	226193	73	1945	3818	2622	36	49
Dezember 1914	797	114301	22236	12090	34326	20516	120	20997	389242	339012	28	3180	6818	4372	48	73
November	792	118876	29040	10356	39396	22482	103	25928	431290	370878	06	3121	6042	4249	29	81
Oktober	812	126438	35866	13984	49850	29244	131	34062	647304	556962	18	3092	5852	4122	76	62
September	812	132582	45028	15860	60888	36268	110	42591	794907	695241	07	3550	6226	4632	69	64
August	791	137888	6956	62445	69401	45350	166	47902	623143	561323	20	4392	7383	6000	64	85
Juli	761	178471	7117	9575	16692	6766	256	5257	61331	111063	67	8099	13120	11611	90	120
Juni	870	189449	7205	9679	16884	7282	369	5227	58388	104698	35	9588	15113	13199	53	13
Mai	877	189491	7410	9407	16817	7211	225	6551	67689	122393	44	8376	13345	11800	22	6

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingelangt: Hohensalza, Ronitz, Löhren, Marienburg, Treptow u. Grovesmühlen, Zorgelewo u. Oderberg, Samter, Schönlanke, Berneuchen, Zehdenitz — Goslar, Neu-haldensleben, Bernigerode — Leer — Delligsen, Rengeringshausen, Münden, Stadthagen — Mühlheim, Siegen — Ulsfeld, Eberbach, Friedberg, Lambrecht, Oberstein, Reifenhäusen, Bittel, Bodenhausen, Wehlar — Amberg, Cadolzburg, Georgens-gmünd, Schwabach — Vindau — Uspert, Friedrichshafen, Gmünd, Leutkirch, Schopphim, Tailingen, Waldshut.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats						Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage					
	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Januar	5433	6904	7646	8454	14447	14832	3,68	4,23	4,20	4,37	7,70	13,38
Februar	4044	5597	6323	8390	11211	10274	2,72	3,40	3,42	4,34	5,98	9,54
März	3478	4192	4890	8513	9009	6521	2,32	2,82	2,61	4,42	4,77	6,49
April	3518	4019	5591	8951	7410	5257	2,34	2,40	2,69	4,63	3,93	5,57
Mai	3970	3280	5387	9263	7211	4434	2,63	1,94	2,66	4,63	2,80	4,88
Juni	4400	3458	4949	9582	7282	—	2,88	2,02	2,61	4,65	3,84	—
Juli	4292	2922	3892	8986	6766	—	2,80	1,60	2,04	4,68	3,79	—
August	3153	2246										

Fr. Stargard (F. a. Neustadt): Arbzt. von 59 auf 58 Stunden, Lohnerb. 2 Pf., Mindestl. beträgt 44 Pf.
Kemnscheid: Am 15. Juli Arbzt. von 57 auf 56 Stunden, Lohnerb. 1 Pf.
Neudenburg: Arbzt. von 56 auf 55 Stunden mit 1 Pf. bzw. 2 Prozent Zulage als Lohnausgleich. Der Mindestlohn wird von 50 auf 51 Pf. erhöht.
Schönheide-Mutterstühlergrün (F. a. Herm. Leistner, Fürstenhölzerfabrik): Lohnerb. 1 Pf.
Schorndorf (F. a. Karl Pfeleiderer, Fürstenhölzerfabrik): Lohnerb. 1 Pf.
Schramberg (F. a. Ferd. Moser u. Sohn): Lohnerb. 1 Pf.
Spandau: Die Akkordpreise werden um 5 Prozent erhöht.
Spremberg (F. a. Rießer Nachf.): Lohnerb. 1 Pf.
(F. a. Mittag): Arbzt. von 55 1/2 auf 55 Stunden.
Szolp: Arbzt. von 56 auf 55 Stunden, Lohnerb. 2 Pf. bzw. 4 Prozent auf Akkordarbeit. Mindestl. für Bautischler 46 Pf., für Möbeltischler 42 Pf.
Stolpen (F. a. Walter u. Paulig in Arnsdorf): Lohnerb. 1 Pf. bzw. 5 Prozent auf Akkordarbeit. Mindestl. wird dementsprechend erhöht.
Thorn: Arbzt. von 56 auf 55 Stunden und 1 Pf. als Lohnausgleich. Durchschnittl. 52 Pf.
Trier: Lohnerb. 1 Pf.
Werdau: Arbzt. von 55 auf 54 Stunden, Lohnerb. 2 Pf. Akkordpreise werden dementsprechend erhöht. Mindestl. 46 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahren 43 Pf.
Zeitz (Genossenschaftsgläserei): Lohnerb. 1 Pf.

Aus Augsburg werden sechs Auszeichnungen gemeldet; davon erhielten die Kollegen Heinrich Berger, Josef Seeger, Alois Ruhland das Eisene Kreuz, letzterer zugleich das Bayerische Militärverdienstkreuz mit Schwertern. Diese Auszeichnung erhielten auch Otto Gall und Gottlieb Liebig (letzterer ist inzwischen gefallen); Josef Braun erhielt die Preussische Rote-Kreuz-Medaille. Die Kollegen W. Arnold und G. Fuchs aus Coblenz sind zu Unteroffizieren befördert worden.

Gewerkschaftliches.

Privatangestellte und Kriegsbeschädigtenfürsorge.
 Um eine möglichst einheitliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge herbeizuführen, haben sich die der „Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht“ angeschlossenen Verbände der kaufmännischen, technischen und Büroangestellten entschlossen, gemeinsam vorzugehen. Die aufgestellten Leitsätze, die grundsätzlich mit dem von den übrigen Berufsverbänden eingenommenen Standpunkt übereinstimmen, besagen:

Die Fürsorge für die Kriegsverletzten und die Kriegskranken ist eine Aufgabe der Sozialpolitik, zu deren Regelung das Reich unter Mitwirkung der Bundesstaaten und der Gemeinden berufen ist.

1. **Gliederung der Fürsorgetätigkeit.**
 Heilfürsorge. Zur Heilung sind alle ärztlichen und orthopädischen Behandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um den Kriegsbeschädigten die höchst erreichbare Arbeitsfähigkeit wiederzugeben.

2. **Rentenfürsorge.** Für die Bemessung der Rentenfähigkeit ist nicht nur der militärische Grad des Invaliden ausschlaggebend, sondern der Verlust an Erwerbsfähigkeit gegenüber dem beruflichen Einkommen, das der Verletzte vor seiner Kriegsdienstleistung bezogen hat.

Nach abgeschlossenem Heilverfahren erfolgt die Rentenfestsetzung für eine bestimmte Mindestdauer; Rentenherabsetzungen, die sich auf die Höhe des jeweiligen Arbeitseinkommens beziehen, sind unzulässig.

3. **Berufsberatung.** Die Beratung muß grundsätzlich das Ziel verfolgen, den Kriegsbeschädigten möglichst seinem früheren Berufe wieder zuzuführen. In den Fällen, in denen ein Berufswechsel notwendig wird, ist die Berufsberatung durch entsprechende Ausbildungseinrichtungen zu ergänzen.

4. **Arbeitsbeschaffung.** Die dem Kriegsinvaliden verbliebene Arbeitskraft darf der Volkswirtschaft nicht verloren gehen. Durch eine einheitlich geregelte Arbeitsvermittlung sollen die Kriegsbeschädigten wieder in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden. Für die Entlohnung ist die für gleiche Leistung geltende Gehaltshöhe

eines gesunden Privatangestellten zugrunde zu legen. Einer Anrechnung der Renten auf die Gehälter muß vorgebeugt werden.

2. Organisation.

In allen Orten, in denen Lazarette, Kriegereheleute und Ersatzeinheiten Mannschaften entlassen können, sind Ortsausschüsse zu bilden, die sich aus Vertretern der Arbeitgeber-, Arbeiter- und Angestelltenorganisation zusammensetzen.

Die Ortsausschüsse sind zu Provinzial- und Landesausschüssen zu vereinigen; als Spitze ist eine Reichszentrale zu schaffen. Die Zusammensetzung ist bei allen Instanzen paritätisch. Der Arbeitnehmergruppe muß mindestens je zwei Angestellte angehören.

Die Berufsberatung der Ortsausschüsse und die Arbeitsbeschaffung erfolgt durch ein unmittelbares Zusammenwirken mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen.

Die Verbandsstellennachweise sind, soweit sie sich mit der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte befassen, den öffentlichen Arbeitsnachweisen anzugliedern. Den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern wird die Arbeitsbeschaffung an Kriegsinvaliden untersagt.

Die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge wird auf öffentlich-rechtlicher Grundlage errichtet. Die Kosten trägt das Reich.

Die beteiligten Verbände wollen gleichzeitig unter ihrer Mitgliedschaft in Wort und Schrift aufklären und wirken, um den Kriegsverletzten Angestellten und Arbeitern die Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit in jeder Weise zu erleichtern. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft befindet sich Berlin NW. 52, Werftstraße 7.

Literarisches.

„Der praktische Geschäftsmann“. Taschenbuch für Geschäfts- und Gewerbetreibende. 104 Seiten. Kartoniert 80 Pf., geb. 1.50 Mk. Verlag von U. E. Bartel, Berlin-Schöneberg.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit) Hamburg.
 Im Mai sandten Ueberschüsse ein: Ohligs 600, Berlin 300, Laupheim 83,17, Weimar 50, Stuttgart 40 Mk. Summe 1073,17 Mk.

Zuschuß erhielten: Wald 250, Nürnberg, Barmen je 200, Hamburg I, Harburg je 150, Essen, Westerbode, Ochshausen, Linden je 100, Furtwangen 80, Hadersleben 40 Mk. Summe 1470 Mk.
 Jul. Maßmann, Hamburg 31, Schwendestr. 37.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz ist nach Mitteilungen, die wir in den beiden letzten Wochen erhielten, folgenden Kollegen verliehen worden: Heinrich Geile, Gustav Reuper, Leistenarbeiter, beide aus Alfeld (letzterer ist inzwischen gefallen); Karl Börschel, Parfettler, aus Uerbach i. B. (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Paul Markwardt, Polierer, aus Grabow i. Meckl.; Hans Herzner, John Harms, beide Tischler aus Hamburg; Willy Alberti, Tischler, aus Leipzig; Alwin Stambarger aus Lüneburg (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Karl Hohe aus Magdeburg; Karl Gerund, Tischler, aus Verleberg; Otto Büttner aus Pöbbed; Gustav Kramp aus Stettin; Franz Kleinbölen, Paul Steinert, beide Stellmacher aus Verdingen; Paul Deubel, Zimmerer, Otto Jundersleben, Tischler, beide aus Zeitz (letzterer wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Paul Schubert, Tischler, aus Zeulendorf.

Gestorbene Mitglieder.

Theodor König, Korbmacher, 58 Jahre alt, gest. in Krefeld.
 Julius Müller, Sofabauer, 68 Jahre alt, gest. in Waldheim.
 Oskar Lippmann, Stuhlbauer, 43 J. alt, gest. in Waldheim.
 Joh. Krause, 39 Jahre alt, gest. in Höchst a. M.
 Karl Schmidt, 47 Jahre alt, gest. in Höchst a. M.
 Christian Klein, Schreiner, 57 Jahre alt, gest. in Solingen.
 Wilh. Samann, Sägereiarbeiter, 56 Jahre alt, gest. in Grabow, Meckl.
 Wilh. Witt, Bergolber, 31 Jahre alt, gest. in Grabow, Meckl.
 Herm. Kleber, Stuhlbauer, 58 Jahre alt, gest. in Rabenau.
 Paul Bördel, 31 Jahre alt, gest. in Eislep.

Ehre ihrem Andenken.

Tischler.

Mehrere selbständig und nach Zeichnung arbeitende ältere, tüchtige Tischler, auf gute eigene Speise- u. Herrenzimmer, sofort gesucht. Zeulenrodaer Kunstmöbelfabrik Albin May, Zeulenroda.

Tischler

für dauernde Arbeit verlangt
 Walter Hyan, Finsterwalde, R.-L. Möbelfabrik.

6 bis 10 tüchtige Tischler auf furnierte Arbeit sofort gesucht.
 Adolf Gebhardt, Möbelfabrik, Northelm i. Hann.

2 1/2 Schreiner auf Sofagehülle u. bessere Garnaturen gesucht bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung.
 Jakob & Reimann, Effen-Ruhr, Postenstraße 8.

2 tüchtige ältere Möbeltischler auf Herren- und Speisezimmer, aber nur solche, per sofort gesucht.
 A. Ely, Hübner & Co., G.m.b.H., Kunstgewerblich. Möbelfabrik Dehan, Anh.

2 tüchtige Möbeltischler sucht
 Albert Krause, Barwalde i. Pomern.

Wir suchen selbständ.
Vorarbeiter

für unsere Hochschreinererei.
 Franz Heguin & Co. A.G. Maschinenfabrik, Dillingen-Saar.

Wir suchen selbständ.
Vorarbeiter

für unsere Hochschreinererei.
 Franz Heguin & Co. A.G. Maschinenfabrik, Dillingen-Saar.

Vorarbeiter eventl. Werksführer, welcher einer Pantinenfabrik vorstehen kann, wird im Vorort Berlins gesucht. Offerten unter Z. R. 419 a. d. Exp. d. Holzarbeiter-Zeitung.

Tischler oder Maschinenarbeiter an vierseitige Reihmaschine, für dauernde Beschäftigung sucht
 Emil Grimm & Co., G. m. b. H., Strellitz, Meckl.

Grundruder auf Goldleisten verlangt.
 Näheres im Bureau der Zahlstelle
 Brandenburg a. S., Grabenstr. 3.

Hornpreßer
 nach Süddeutschland sofort verlangt.
 Zentralarbeitsnachweis für die Holz- und Kamminindustrie, Berlin SO. 16, Rungestr. 30.

Verlagsanstalt des Deutschen
 Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
 Berlin SO. 16 :: Am Köllnischen Park 2

Wir empfehlen zur Anschaffung:
Partei-Zusammenbruch!
 Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit.
 Von Heinz Cunow 30 Pf.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg
 Von Dr. E. David, M. d. R. 2,00 Mk.

Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund.
 Von Karl Kautsky 50 Pf.

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg.
 Eine politische Studie von Dr. Paul Lensch, M. d. R. 40 Pf.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien u. ihrer Hinterbliebenen.
 Führer durch das Gesetz betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften;
 durch das Rammhakenversorgungsgesetz;
 durch das Militär-Hinterbliebenengesetz
 nebst den einschlägigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.
 Preis 30 Pf.

Führer für den Militärpflichtigen.
 Nach den gesetzlichen Bestimmungen dargestellt.
 Zweite Auflage. Preis 30 Pf.

Sprachwörterbuch (Französisch) mit genauer Angabe der Aussprache neu bearbeitet von Oberleutnant v. Belgin. Preis 60 Pf.

Deutsches Französisches Sprachbüchlein für Selbststudium. Zusammengefasst von G. Davidsohn. Preis 15 Pf.

Deutsches Polarisches Sprachbüchlein für Selbststudium. Preis 15 Pf.

Kriegsführung, Heer, Flotte. Militärische Fachanschauung, gemeinverständlich erläutert von Ernst Dammig. Preis 10 Pf.

Bei vorheriger Einzahlung des Betrages erfolgt portofreie Zusendung.

Korbmacher

auf Geschloßkörbe gesucht.
 Gebr. Wolff, Bernburg.

10 bis 15 Korbmacher auf 98 erdige Geschloßkörbe (Rohr) stellt sofort ein
 Karl Pieper, Korbindustrie, Seehausen b. Bremen 10.

Korbmacher können bei Einlieferung ihrer genauen Adresse an uns Vorteile erzielen.
 L. Fogelberg & Co., Widrath 9 (Rheinld.)

Korbmacher auf Geschloßkörbe stellen noch ein
 Calm & Ahlfeld, Bernburg.

2 Korbmacher auf Geschloßkörbe und ein Korbmacher auf Fischkörbe gesucht.
 J. Reefe, Cranz a. Elbe, im Altenlande.

Suche für sofort noch 2 bis 3 tüchtige Korbmacher auf grüne Matt- u. Roharbeit.
 Konrad Möller, Salztotten i. Westf., Markt 14.

Korbmacher.
 Einige Arbeiter auf Geschloßkörben bekommen f. hoh. Akkordlohn sof. Arbeit auf Reifekörbe.
 R. Wengler, Korsgade 16, Kopenhagen.

2 tüchtige Korbmacher auf grüne Mattarbeit und geschlagene Arbeit sofort gesucht. Lohn nach Braunschweiger Tarif.
 Fritz Kamrath, Korbmachermeister, Osterburg, Altmark.

Ein Schweißer findet dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.
 Hille & Co., Pantinenfabrik, Dahme i. Mark.

Suche für sofort einen tüchtigen
Bürstenmachergefellen.
 Bernh. Fehner, Cassel.

Suche für sofort einen tüchtigen
Bürstenmachergefellen.
 Bernh. Fehner, Cassel.

Auf Wunsch vieler Verbandsmitglieder und zu Ehren des so früh Verstorbenen haben wir ein

Bild von Anton Raith

in der Art und Größe einer Kabinetphotographie in bester Ausführung auf Kunstdruckpapier anfertigen lassen.

Preis 25 Pf. portofrei.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
 Die Verlagsanstalt
 Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

NB. In der gleichen Ausführung und zu gleichem Preis wie oben kann auch das 1908 herausgegebene

Bild von Karl Kloß

noch von uns bezogen werden.

Eingelegte Furniere
 für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften.
 E. Biller, Marqueter, Heidelberg
 Theater-Strasse 7.

Werkzeug-Neuheiten
 jeder Art. Jeder verlange sof. gratis u. fr. Preislisten von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppolner Strasse 33.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 5. Juni, bis Freitag, 11. Juni 1915.
 A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
 C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin . . .	22	206	129	261	38	78	31	83	—	20	96	186	316	—	—	—	—	—	—
Bremen . . .	9	1	28	7	1	6	2	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau . . .	3	3	20	4	4	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Celle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forsyth . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig . . .	1	—	49	31	—	112	14	—	14	2	—	23	—	—	6	—	—	12	48
Lübeck . . .	1	—	9	1	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
Zusammen . . .	36	4	312	172	5	403	54	—	98	34	—	113	—	—	26	98	—	247	394
Vor. Woche . . .	42	7	409	78	6	437	41	2	109	20	—	126	3	—	27	122	—	169	306

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.